

Zukunftsforum Politik

Broschürenreihe
herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 27

Andreas Jacobs

Deutschland und der Nahe und Mittlere Osten: Standortbestimmung und Handlungsempfehlung

Sankt Augustin, April 2001

Redaktionelle Betreuung: Christiane Bareiss

Inhalt

Zusammenfassung	5
1. Einleitung	7
2. Rahmenbedingungen deutscher Nah- und Mittelostpolitik	8
2.1 Grundorientierung und Handlungsmaximen der deutschen Außenpolitik	9
2.2 Die historische Entwicklung der deutschen Nah- und Mittelostpolitik	10
2.3 Der Nahe und Mittlere Osten als Herausforderung für die deutsche Außenpolitik	17
3. Deutsche Interessen im Nahen und Mittleren Osten	24
4. Handlungsansätze und Strategien deutscher Nah- und Mittelostpolitik	30
4.1 Die bilaterale Handlungsebene	30
4.2 Die multilaterale Handlungsebene	34
5. Handlungsempfehlungen für die deutsche Nah- und Mittelostpolitik	38
6. Der Beitrag der Konrad-Adenauer-Stiftung	40
6.1 Partner der Stiftungsarbeit	41

Download-Publikation

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelei der Printausgabe beträgt 4 Seiten und wurde in der digitalen Version auf einer Seite zusammengefasst.

Zusammenfassung

Die Bundesrepublik Deutschland steht zu Beginn des 21. Jahrhundert erneut vor der Herausforderung einer Standortbestimmung gegenüber den Staaten im Nahen und Mittleren Osten. Diese Herausforderung ergibt sich aus der Weiterentwicklung des europäischen Integrationsprozesses, aber auch aus den aktuellen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ereignissen in der Region. Eine solche Standortbestimmung kann allerdings nur auf der Grundlage einer Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen gelingen.

Nach wie vor gilt, dass sich deutsche Nah- und Mittelostpolitik im Spannungsfeld zwischen der Rücksichtnahme auf die Interessen der europäischen Partner und der USA in der Region, der historischen Verantwortung gegenüber Israel und den Interessen der arabischen Staaten bewegt. Das schwierige Spannungsfeld teilweise gegensätzlicher Interessen und Erwartungen an die deutsche Nah- und Mittelostpolitik kann aber nicht als Rechtfertigung für politische Zurückhaltung genommen werden. Zwischen- und innerstaatliche Konflikte in der Region, das rapide Bevölkerungswachstum, die schwierigen Strukturanpassungsprozesse und die nach wie vor problematische Menschenrechtsslage lassen die europäische und deutsche Partnerschaft mit den Staaten der Region notwendiger denn je erscheinen. Vor diesem Hintergrund muss auch die verbreitete Einschätzung revidiert werden, nach der Deutschland kein nachhaltiges Interesse am Nahen und Mittleren Osten hat. Tatsächlich ist vor allem das sicherheits- und entwicklungspolitische Interesse Deutschlands an der Region in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Aber auch wirtschaftlich ergeben sich neue Herausforderungen und Möglichkeiten.

Um sich diesen Herausforderungen zu stellen, bieten sich bilaterale Handlungsmöglichkeiten vor allem in den Beziehungen zu den traditionellen Partnerländern Deutschlands in der Region, Türkei, Israel und Iran an. Auf der multilateralen Handlungsebene besteht das besondere deutsche Interesse in einer Fortführung und Intensivierung des ins Stocken geratenen Kooperationsprogramms der Euro-Mediterranen Partnerschaft, dem Engagement für einen nachhaltigen Frieden im Nahen Osten und der Intensivierung des politischen Dialogs.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich eine Reihe von Handlungsempfehlungen für die deutsche Nah- und Mittelostpolitik, die sich mit den Schlagworten *Konzeptionalisierung*, *Koordinierung* und *Konzentration* umschreiben lassen. Gefordert ist vor allem die Ausarbeitung eines Nah- und Mittelostkonzeptes, das über allgemeine Bekenntnisse hinaus, eine konkrete Interessen- und Instrumentendefinition deutscher Politik in der Region vornimmt. Diese Überlegungen sollten in eine ähnliche Konzeptionalisierung auf europäischer Ebene eingebracht werden. Das Besondere deutsche Anliegen besteht hierbei in einer besseren innereuropäischen und transatlantischen Abstimmung, in einer stärkeren Betonung der Krisenbewältigung und Konfliktprävention, in der Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und in einer stärkeren Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Kräfte in den interregionalen Dialog.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung leistet zur Verwirklichung dieser Zielsetzungen und damit zur Intensivierung des Dialogs mit den Staaten und Gesellschaften im Nahen und Mittleren Osten einen wichtigen Beitrag. Ihre entwicklungspolitische Arbeit in der Region konzentriert sich traditionell auf die Unterstützung der wirtschaftlichen und politischen Transformationsprozesse, die Friedensförderung bzw. Konfliktprävention und den Dialog der Kulturen. Konkret ist die Konrad-Adenauer-Stiftung vor allem auf den Gebieten der Wissenschaftskooperation, der Kommunalpolitik

und des Rechtsdialogs tätig. Besonderes Augenmerk gilt aber zugleich der Frauenförderung und der Zusammenarbeit im Bereich der Medien. In all diesen Kooperationsbereichen kann die Stiftung auf langjährige Erfahrungen zurückblicken.

1. Einleitung

Das deutsche Interesse an den Staaten und Gesellschaften im Nahen und Mittleren Osten ist im vergangenen Jahrzehnt merklich angestiegen. Der Wegfall des Ost-West-Konflikts, die zahlreichen krisenhaften Entwicklungstendenzen in der Region, der Friedensprozess im Nahen Osten und die Intensivierung der europäischen Mittelmeerpolitik hatten vor allem in der ersten Hälfte der neunziger Jahre eine Erhöhung der politischen Aufmerksamkeit für die Region notwendig gemacht.

Zu Beginn des 21. Jahrhundert steht die Bundesrepublik Deutschland erneut vor der Herausforderung einer Standortbestimmung gegenüber den Staaten im Nahen und Mittleren Osten. Diese Notwendigkeit ergibt sich in erster Linie aus den jüngsten Rückschlägen im Friedensprozess und dem zunehmenden Zweifel an einer Fortsetzung des 1993 in Oslo eingeschlagenen Weges zum Frieden im Nahen Osten. Sie ergibt sich aber auch aus den Fortschritten des europäischen Integrationsprozesses. Die Beschlüsse von St. Malo 1998 und Köln 1999 haben das Konzept einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) eingeleitet. Diese Schritte waren Ausdruck des europäischen Willens, mehr politische Verantwortung, auch gegenüber den regionalen Umfeldern Europas, zu übernehmen. Ein wichtiges Aktionsfeld der zukünftigen ESVP wird zweifellos die Großregion von Marokko bis Iran, die im folgenden unter dem Begriff Naher und Mittlerer Osten, zusammengefasst wird, darstellen. Hinzu kommt die Notwendigkeit, das Verhältnis der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) und der ESVP zu den unmit-

telbaren Nachbarn und Partnern der EU zu bestimmen. Dies gilt in erster Linie für die EU-Beitrittskandidaten in Mittel- und Osteuropa, es gilt aber auch für die Staaten im südlichen und östlichen Mittelmeerraum. Gerade hier besteht erheblicher Nachholbedarf, zumal mit Malta und Zypern - sowie seit 1999 mit der wichtigen Regionalmacht Türkei - drei Mittelmeeranrainer als EU-Beitrittskandidaten gelten.

Niedergeschlagen hat sich diese erhöhte europäische Aufmerksamkeit für die Region nicht zuletzt in der vom Europäischen Rat im portugiesischen Feira im Juni 2000 verabschiedeten *Gemeinsamen Strategie für den Mittelmeerraum*. Angesichts der wachsenden politischen Bedeutung des Nahen und Mittleren Osten für die EU wird sich auch Deutschland, das ein fundamentales Interesse an der Fortentwicklung des europäischen Integrationsprozesses hat, in Zukunft verstärkt mit den politischen Entwicklungen in dieser heterogenen Großregion befassen und dabei auf eine eigene Interessen- und Strategiedefinition zurückgreifen müssen. Der vorliegende Text versteht sich als Beitrag zu einer solchen Interessen- und Strategiedebatte. Er will vor diesem Hintergrund Perspektiven deutscher Nah- und Mittelostpolitik auf zwischenstaatlicher und - unter besonderer Berücksichtigung der Auslandsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung - transnationaler Ebene aufzeigen.

2. Rahmenbedingungen deutscher Nah- und Mittelostpolitik

Zum besseren Verständnis der bisherigen deutschen Nah- und Mittelostpolitik ist zunächst der Blick auf die außenpolitischen Grundorientierungen und Handlungsmaximen der Bundesrepublik zu richten. Von Bedeutung ist außerdem die Frage, vor welchem historischen Erfahrungshintergrund sich die außenpolitische Entscheidungsfindung in Deutschland vollzieht und welche externen Einflüsse bei der Formulierung und Ausgestaltung der deutschen Außenpolitik eine Rolle spielen.

2.1. Grundorientierungen und Handlungsmaximen der deutschen Außenpolitik

Unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts mussten sowohl *Westbindung* als auch *Ostverbindungen* als feste und komplementäre Bestandteile der außenpolitischen Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland angesehen werden. Diese doppelte Maxime fand ihre Konkretisierung in der engen deutschen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten, in Deutschlands Rolle als Motor des europäischen Integrationsprozesses (gemeinsam mit Frankreich) sowie in den stabilen Beziehungen zur Sowjetunion und den Staaten des Warschauer Pakts.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts änderten sich zwar die konditionierenden Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik, nicht aber die außenpolitischen Grundorientierungen. Nach wie vor sind europäische Föderation und kooperative Machtbalance die primären Handlungsmaximen deutscher Politik im internationalen System. Da das Interesse der europäischen Partner Deutschlands nach einer Ausbalancierung deutscher Macht nach dem Ende der Blockkonfrontation und der Wiedervereinigung bestehen geblieben war, bzw. von vielen als noch problematischer perzipiert wurde, konnten die rationalen Strategien deutscher Außenpolitik auch weiterhin nur in einer Mischung aus enger Partnerschaft mit den USA, europäischer Integration und internationalem Multilateralismus bestehen. Auch im 21. Jahrhundert versucht Deutschland daher, seine außen- und sicherheitspolitischen Interessen auf dem Wege bi- und multilateraler Kooperation zu verfolgen.

Das deutsche Interesse an einer Einordnung in das integrative Gleichgewicht Europas und in die europäisch-amerikanische Allianz betreffen auch die deutsche Politik gegenüber den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. In Anbetracht der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen

Bedeutung der Region befassen sich nicht nur wichtige europäische Partner Deutschlands sowie die USA seit einigen Jahren zunehmend mit dem Mittelmeerraum, sondern auch die europäische und transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik insgesamt. Diese Tendenz zu einer Süd- ausrichtung der europäischen und transatlantischen Institutionen äußert sich in verstärkten Bemühungen um eine Institutionalisierung der Beziehungen zu den arabischen Staaten sowie zu Israel und dem Iran, etwa im Rahmen der Mitte der neunziger Jahre ins Leben gerufenen Euro-Mediterranen Partnerschaft der EU oder des NATO-Mittelmeerdialogs. Sie äußert sich aber auch in der aktuellen Diskussion um die zukünftigen Aufgaben und Handlungsfelder der Nordatlantischen Allianz und der Konsequenzen einer Heranführung Zyperns, Maltas und vor allem der Türkei an die EU. Eine Standortbestimmung deutscher Politik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten stellt somit einen wichtigen Beitrag zur Festigung der deutschen Einbindung in EU und NATO und somit zur Gewährleistung der zentralen Handlungsmaxime deutscher Außenpolitik dar.

2.2. Die historische Entwicklung der deutschen Nah- und Mittelostpolitik

Die Nahostpolitik der Bundesrepublik Deutschland ist seit den fünfziger Jahren von drei zentralen Bestimmungsfaktoren geprägt: den Einflüssen des internationalen Systems (und damit zusammenhängend der Rücksichtnahme auf die Interessen der Bündnispartner und – bis 1990 – die deutsche Teilung), der historischen Verantwortung gegenüber Israel und dem Interesse an den nah- und mittelöstlichen Energielieferungen und Absatzmärkten. Vor diesem Hintergrund bemühte sich die Regierung Adenauer bereits in den fünfziger Jahren, die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zum Nahen und Mittleren Osten wiederzubeleben. Bis in die sechziger Jahre bestimmten allerdings umfangreiche Unterstützungsleistungen für Israel, das Bemühen um eine Eindämmung der

Sowjetunion und das Bestreben, eine diplomatische Anerkennung der DDR international zu verhindern, die deutsche Nah- und Mittelostpolitik. Der hierauf beruhende schwierige Balanceakt führte dazu, dass intensive wirtschaftliche und politische Beziehungen vor allem zu denjenigen Staaten aufgebaut werden konnten, die nicht unmittelbar in den Nahostkonflikt einbezogen waren. Dies legte die Grundlage für enge Kontakte zur Türkei und in den Iran, den einzigen Ländern in der Region, denen Konrad Adenauer als Bundeskanzler einen Staatsbesuch abstattete.

Die arabische Seite arrangierte sich mit der deutschen Nahostpolitik hingegen nur so lange, bis im Jahre 1965 geheime Waffenlieferungen an Israel bekannt wurden und die Bundesrepublik und Israel diplomatische Beziehungen aufnahmen. Damit hatte Deutschland aus arabischer Sicht einen schweren Vertrauensbruch begangen. Begleitet von scharfen Verurteilungen und teilweise sogar von Übergriffen auf deutsche Einrichtungen brachen daraufhin die meisten arabischen Staaten die Beziehungen zur Bundesrepublik ab und erkannten im Jahre 1969 die DDR diplomatisch an.

Die deutsch-arabischen Beziehungen befanden sich gegen Ende der sechziger Jahre somit in einer tiefen Krise, die eine grundsätzliche Neuorientierung unumgänglich machte. Der Neuanfang wurde durch eine Vielzahl außen- und innenpolitischer Entwicklungen gefördert. Die von der neuen sozialliberalen Koalition forcierten Kontakte nach Osten und damit zusammenhängend die Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten durch die Bundesregierung beseitigte zunächst das Problem der DDR-Anerkennung. Gleichzeitig ließ die sich abzeichnende Entspannungsphase im Ost-West-Konflikt den Nahen und Mittleren Osten etwas aus dem Schatten der Blockkonfrontation heraustreten. Die Veränderung der internationalen Rahmenbedingungen wurde im Inneren be-

gleitet von einem graduellen Umorientierungsprozess der öffentlichen Meinung zum arabisch-israelischen Konflikt.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen und der zunehmenden energiepolitischen Bedeutung der Golfregion leitete die sozialliberale Koalition unmittelbar nach ihrer Machtübernahme eine Neuausrichtung der deutschen Nahostpolitik ein. Vertreter der neuen Bundesregierung machten nun klar, dass sie ihre zukünftige Politik gegenüber Israel und den arabischen Staaten auf dem Grundsatz der *Ausgewogenheit* aufbauen wollten. Neben die Sicherung des Existenzrechts Israels sollten als neue Elemente der deutschen Nahostpolitik nun auch das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und der Einsatz für eine friedliche Regulierung des Nahostkonflikts treten.

Zur politischen Ausgestaltung dieser neuen Grundsätze bot sich die Multilateralisierung der deutschen Nahostpolitik an. Vor allem das Ende 1970 eingerichtete Instrument der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) eröffnete die Möglichkeit, im europäischen Rahmen von der bisherigen Position der einseitigen Parteinahme für Israel abzurücken. In den arabischen Staaten wurde der Zusammenhang zwischen der neuen Ostpolitik und der deutschen Haltung gegenüber den arabischen Staaten zwar deutlich gesehen, man verhielt sich aber zunächst vorsichtig abwartend. Im März 1972 gab der Rat der Arabischen Liga schließlich grünes Licht, so dass zwischen 1972 und 1974 fast alle arabischen Staaten die diplomatischen Beziehungen zu Bonn wiederherstellten und Bundeskanzler Brandt zu mehreren Reisen in die Region aufbrechen konnte.

Das deutsche Bemühen um eine verstärkte Kooperation mit den arabischen Staaten, das sich vor allem in der deutschen Zustimmung zu einer EPZ-Erklärung vom November 1973, in der von „legitimen Rechten der Palästinenser“ die Rede war, äußerte, wurde nach dem Regierungs-

wechsel vom Mai 1974 fortgesetzt und teilweise sogar intensiviert. Als Ursache sind vor allem Veränderungen der internationalen Rahmenbedingungen zu nennen. Die erste Entspannungsphase und das gleichzeitige Zurückfahren des weltpolitischen Engagements der USA boten der Bundesregierung mehr nahostpolitischen Handlungsspielraum.

Die transatlantische Auseinandersetzung um eine westliche Gegenstrategie gegen die arabische Ölpolitik machte aber bereits Mitte der siebziger Jahre deutlich, dass Deutschland seine Bemühungen um eine Annäherung an die arabischen Staaten nach wie vor seinen Bündnisinteressen und den Beziehungen zu Israel unterordnen musste. Nicht zufällig fiel dann auch gegen Ende der siebziger Jahre die Bewertung des Camp David-Prozesses aus der Sicht deutscher Kommentatoren merklich positiver aus als bei vielen ihrer europäischen Kollegen. Zwar war auch die deutsche Regierung, anders als die USA, der Ansicht, dass die Palästinenserfrage das zentrale Problem des arabisch-israelischen Konflikts darstellte, tendenziell überwog in Bonn aber die amerikanische Sichtweise, nach der Camp David ein neues Kapitel in den arabisch-israelischen Beziehungen eingeleitet hatte. In Anbetracht der zahlreichen deutschen Stimmen, die sich gegen einen europäischen Alleingang aussprachen, welcher den Camp David-Prozess stören könnte, wurde auch die weitreichende Erklärung des Europäischen Rates von Venedig vom Juni 1980 in Deutschland ganz gezielt nicht als *Anti-Camp David-Erklärung* interpretiert, sondern als notwendige Ergänzung und Absicherung des von den USA initiierten Friedensprozesses.

Während die deutsche Regierung in der Nahostpolitik um Zurückhaltung bemüht war, wurde sie zu Beginn der achtziger Jahre in der Golfregion zunehmend aktiv. Verantwortlich für diese Interessenverlagerung war nicht nur der Faktor Erdöl. Ereignisse wie die Revolution im Iran und der sowjetische Einmarsch in Afghanistan hatten die Nachfrage nach Rüs-

tungsgütern in den arabischen Golfstaaten zu Beginn der achtziger Jahre deutlich in die Höhe getrieben. Im Jahre 1980 äußerte die saudische Regierung in einer informellen Anfrage ihr Kaufinteresse an einer größeren Anzahl Kampfpanzer aus deutscher Produktion. Obwohl sich Bundeskanzler Schmidt persönlich für das Geschäft einsetzte, konnte er sich letztendlich nicht gegen die Gegner in der eigenen Partei durchsetzen und sagte die Transaktion schließlich ab. Diese Episode zeigte in aller Deutlichkeit die Dominanz des Nahostkonflikts in den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den nah- und mittelöstlichen Staaten und zugleich den begrenzten Handlungsspielraum der deutschen Regierung in Fragen, welche die Sicherheit Israels berühren.

Das in den achtziger Jahren insgesamt stark zurückgehende deutsch-arabische Handelsvolumen führte außerdem dazu, dass Deutschland seine Nah- und Mittelostpolitik im wesentlichen auf seine traditionellen (nicht-arabischen) Partner Israel, Türkei und Iran konzentrierte. Die Bundesrepublik war dadurch einer derjenigen Staaten, die in den achtziger Jahren Kontakte zu beiden Golfkriegsparteien unterhielt. Dies bot der Bonner Regierung die Möglichkeit, sich wiederholt um eine Vermittler- und Schlichterrolle im Krieg zwischen Irak und Iran zu bemühen.

Der irakische Einmarsch in Kuwait am 2. August 1990 überraschte die deutsche Politik dann in der schwierigen Phase der Vorbereitungen zur deutschen Vereinigung. Der zweite Golfkrieg wurde für die neue Bundesrepublik daher zum ersten Testfall, um die in der Zustimmung zur deutschen Einheit zum Ausdruck gekommene Solidarität der westlichen Verbündeten zu erwidern. Eine angemessene deutsche Reaktion auf den irakischen Einmarsch musste daher sowohl deutsche Verlässlichkeit und Solidarität mit den westlichen Verbündeten und Israel demonstrieren, durfte andererseits aber auch keine Gefährdung der deutschen Einheit

bedeuten und musste zudem der öffentlichen Meinung und den verfassungsmäßigen Beschränkungen Rechnung tragen. Weil eine direkte militärische Beteiligung an den Kampfhandlungen nach überwiegender Ansicht der Bonner Politiker mit dem deutschen Verfassungsrecht unvereinbar war, hat die Bundesrepublik vielfältige politische, finanzielle und auch militärische Maßnahmen zur Unterstützung der Golfkriegsallianz ergriffen.

Da nicht zuletzt der zweite Golfkrieg der deutschen Politik die Notwendigkeit einer friedlichen Regulierung des Nahostkonflikts vor Augen führte, stießen die Madrider Friedensverhandlungen ab 1991, die israelisch-palästinensische Annäherung ab Mitte 1993 und schließlich der durch die Abkommen von Oslo und Washington eingeleitete Friedensprozess auf die volle Unterstützung der Bundesregierung. Diese Unterstützung dokumentierte sich nicht nur in zahlreichen Erklärungen deutscher Politiker, sondern vor allem in dem umfangreichen finanziellen und praktischen Beitrag, den deutsche Institutionen seit 1993 im bi- und multilateralen Rahmen zum Aufbau der palästinensischen Autonomiegebiete leisten. Trotz dieser partiellen Zunahme des deutschen Engagements im Nahen Osten kam aber auch in den neunziger Jahren nicht das Bedürfnis nach einem ausgeprägteren bilateralen Engagement Deutschlands in der Region auf. Deutschlands Nah- und Mittelostpolitik war daher auch in den neunziger Jahren in den europäischen und transatlantischen Rahmen eingepasst und eng mit den westlichen Partnern abgestimmt.

Fragt man nach der Bilanz der bisherigen deutschen Nah- und Mittelostpolitik, so wird diese fast ausnahmslos zurückhaltend bis negativ bewertet. Von „Passivität“ und „Konzeptionslosigkeit“ ist dabei ebenso oft die Rede, wie von einer Vorgehensweise, die wirtschaftliche Kontakte pflegt und dabei von einer Ordnung profitiert, die von anderen geschaffen und aufrechterhalten wird. Als Ursachen für diese Bilanz werden vor allem

eine zu ausgeprägte Rücksichtnahme auf israelische und amerikanische Interessen genannt. Deutschland, so der vielfach erhobene Vorwurf, habe dadurch einer europäischen Einflussnahme in der Region streckenweise entgegengestanden und seine eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen vernachlässigt.

Problematisch an dieser Argumentation ist, dass sie meist nicht in eine übergeordnete Interessendefinition deutscher Außenpolitik eingebettet ist und die Notwendigkeit zur Ausbalancierung der drei zentralen Problemkreise deutscher Nah- und Mittelostpolitik, der Rücksichtnahme auf Bündnisinteressen, der Sicherheit Israels und dem wirtschaftlichen Interesse an den arabischen Staaten vernachlässigt. Es ist offensichtlich, dass die deutschen Interessen an einer engeren Zusammenarbeit mit arabischen Staaten, trotz der wichtigen Bedeutung des arabischen Erdöls, nur selten als so stark ausgeprägt interpretiert wurden, um eine deutsche oder europäische Nah- und Mittelostpolitik, die in einem tendenziellen Spannungsverhältnis zu amerikanischen Interessen stehen könnte, zu rechtfertigen.

Das eigentliche Problem deutscher Politik gegenüber den arabischen Staaten bestand somit in der Notwendigkeit, teilweise gegensätzliche Interessenlagen gegeneinander abzuwägen. Die verschiedenen Bundesregierungen haben daher stets versucht, Spannungsverhältnisse zwischen amerikanischen und europäischen Interessen sowie den Erwartungen der Staaten im Nahen und Mittleren Osten abzubauen und auf eine Beseitigung der Ursachen dieser Spannungen hinzuwirken. Auf der Grundlage prinzipieller politischer Zurückhaltung geschah dies durch eine schrittweise Multilateralisierung der deutschen Nahostpolitik im europäischen Rahmen, wobei sich die Bundesregierung vor allem in der Rolle eines Vermittlers zwischen den USA und den eher proarabischen Südeuropäern, sowie als Vertreter israelischer Interessen innerhalb der EG/EU sah.

Dabei ist in jüngerer Zeit allerdings die Tendenz zugunsten einer eher europäischen Orientierung kaum zu übersehen. Immer öfter treten Positionsdifferenzen zwischen Europäern und den USA in Fragen der Nahostpolitik zutage, bei denen Deutschland auf Seiten der europäischen Partner steht.

2.3. Der Nahe und Mittlere Osten als Herausforderung für die deutsche Außenpolitik

Der Nahe und Mittlere Osten ist die einzige Entwicklungsregion, die direkt an Europa grenzt. Positive wie negative Entwicklungen strahlen daher von dort unmittelbar nach Europa und damit auch nach Deutschland aus. Eine deutsche Interessendefinition als Grundlage einer Strategiebestimmung deutscher und europäischer Politik gegenüber dieser Region macht somit eine genaue Einschätzung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Chancen und Risiken, welche von dieser Region zu Beginn des 21. Jahrhunderts ausgehen, notwendig.

Zwischenstaatliche Konflikte

Die in sicherheitspolitischer Hinsicht problematischsten Herausforderungen gehen nach wie vor von den zahlreichen ungelösten Grenz- und Territorialkonflikten im Nahen und Mittleren Osten aus. Gerade die jüngste Eskalation der Gewalt in den palästinensischen Autonomiegebieten und in Israel zeigt, wie weit der Palästina- und damit auch der übergeordnete Nahostkonflikt von einer abschließenden Regulierung entfernt ist. Im Gegenteil: Anfang 2001 hat es den Anschein als sei die mit den Osloer Verträgen im Jahre 1993 in scheinbare Ferne gerückte Möglichkeit einer erneuten militärischen Auseinandersetzung im Kerngebiet des Nahostkonflikts wieder denkbar geworden.

Über dieses Kerngebiet hinaus strahlt der Nahostkonflikt aber auch weiterhin in die gesamte arabische und zum Teil auch islamische Welt aus.

Nicht zuletzt der zweite Golfkrieg 1990/91 hat deutlich gemacht, in welchem Maße die Auseinandersetzung zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten zur Legitimierung einer militärischen Durchsetzung von Hegemonial- und Herrschaftsansprüchen in der Region nutzbar gemacht werden kann.

Diese Hegemonial- und Herrschaftsansprüche gründen auf einer Vielzahl von nach wie vor ungelösten Grenz- und Territorialkonflikten, deren Eskalationspotential in den vergangenen Jahren keineswegs abgenommen hat. Die Regulierung des Westsaharakonflikts zwischen Marokko, Algerien und der Polisario steht weiterhin aus. Grenzziehungen auf der Arabischen Halbinsel lösen immer wieder Spannungen aus. Bilaterale Konflikte existieren u.a. nach wie vor zwischen Irak und den meisten seiner Nachbarstaaten, aber auch zwischen Syrien und der Türkei.

Angesichts dieser offenen oder latenten Konfliktlinien hat sich vor allem die Rüstungs- und Proliferationsproblematik verschärft. Seit den achtziger Jahren haben viele nahöstliche Regierungen die Produktion konventioneller Waffen selbst in die Hand genommen und erheblich intensiviert. Allein dies ist, nicht zuletzt wegen der damit verbundenen politischen und wirtschaftlichen Kosten, als erheblicher Unsicherheitsfaktor anzusehen. Als wesentlich problematischer muss allerdings ein möglicher Erwerb von Massenvernichtungswaffen, und hier insbesondere von nuklearfähigen Trägersystemen, durch nah- und mittelöstliche Regime eingestuft werden. Ungeachtet der aktuellen Diskussion um vermeintliche oder tatsächlichen Proliferationsgefahren ist offensichtlich: Sollte neben Israel ein weiterer nahöstlicher Staat die Fähigkeit zum Einsatz von Nuklearwaffen erlangen, könnte dies die Sicherheitslage in der Region nachhaltig verändern. Da Israel die nukleare Option in absehbarer Zeit nicht aufgeben wird, bleibt die arabische Bedrohungsperzeption und damit das Streben nach einer nuklearen Gegenmachtbildung zumindest potentiell erhalten.

Neben Grenz- und Territorialstreitigkeiten haben Ressourcenkonflikte, d.h. vor allem der Zugang zu Wasser und die Kontrolle von Erdölvorkommen eine zunehmende Bedeutung erlangt. Ehrgeizige Projekte zur Entwicklung der Südtürkei haben in den vergangenen Jahren regelmäßig zu Spannungen zwischen Ankara und Damaskus beziehungsweise Bagdad geführt. Im Niltal könnten größere wasserbauliche Maßnahmen des Sudans und Äthiopiens an den Oberläufen der Nilquellflüsse die Beziehungen zu Ägypten ernsthaft belasten. Auch im Nahostkonflikt spielt die Wasserfrage für die Anrainer Libanon, Syrien, Jordanien, Israel und Palästina eine wichtige Rolle.

Innerstaatliche Konflikte

Ausgehend von der in den achtziger Jahren in vielen nah- und mittelöstlichen Staaten einsetzenden sozioökonomischen Krise hat sich spätestens ab Anfang der neunziger Jahre auch das innerstaatliche Konfliktpotential in der Region intensiviert. Misswirtschaft, Arbeitslosigkeit, die allenthalben grassierende Korruption und Vetternwirtschaft, das Zurückfahren der staatlichen Sozialfürsorge und massive Kürzungen von Subventionen für Grundnahrungsmittel heizten in vielen Ländern das Konfliktpotential in Bevölkerungen an, die ohnehin unter sich stetig verschlechternden Lebensbedingungen zu leiden hatten. Dies führte dazu, dass sich in vielen Staaten der Region ethnische, soziale, wirtschaftliche und politische Spannungen gewaltsam entluden und zur Destabilisierung des Staates beitrugen.

Die betroffenen Regierungen reagierten auf den sich vor allem unter islamistischen Vorzeichen organisierenden innenpolitischen Widerstand überwiegend mit umfangreichen staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen. Demokratisierungsschritte wurden rückgängig gemacht oder verliefen im

Sande, Armee und Sicherheitskräfte wurden massiv aufgestockt und für den Kampf gegen den islamistischen Gegner gerüstet und die politische und strafrechtliche Gangart gegenüber dem politischen Islam verschärft. Diese Maßnahmen hatten allerdings sehr unterschiedlichen Erfolg. Während etwa Tunesien mit einer massiven Aufstockung seiner Sicherheitskräfte die antisystemische Opposition unter Kontrolle bringen konnte, gelang dies im benachbarten Algerien nicht. Die Aufmerksamkeit für die katastrophale innenpolitische Entwicklung, die Algerien in den neunziger Jahren genommen hat, verdeckt allerdings oft den Blick dafür, dass es trotz aller Bemühungen islamistischer Gruppen, breiten Widerstand gegen den Staat zu mobilisieren, weder in Nordafrika noch sonst irgendwo zum Ausbruch religiös motivierter Massenproteste mit systemdestabilisierender Wirkung gekommen ist. Allen Apologeten einer schrittweisen Radikalisierung breiter Bevölkerungskreise zum Trotz gibt es – vom Sonderfall Iran abgesehen – bislang keine Anzeichen für eine islamistische Mehrheit in den nah- und mittelöstlichen Staaten. Ungeachtet dessen ist das innenpolitische Konfliktpotential nach wie vor erheblich.

Bevölkerungswachstum

Dieses innenpolitische Konfliktpotential speist sich nicht zuletzt aus der demographischen Entwicklung in der Region. Die Bevölkerung der arabischen Länder, Israels, der Türkei und des Irans beträgt zusammen rund 360 Millionen Menschen. Schätzungen der Weltbank zufolge wird diese Zahl im Jahre 2030 auf mehr als 500 Millionen angewachsen sein. Das Bevölkerungswachstum liegt in rund einem Drittel der Länder der Region immer noch über drei Prozent, obwohl einzelne Staaten deutlich geringere Zuwachsraten aufweisen und auch im bevölkerungsreichsten arabischen Land, Ägypten, der Trend seit wenigen Jahren nach unten weist. Bereits jetzt sind über 60 Prozent der Palästinenser im Gazastreifen unter 15 Jahre alt. Der Anteil der nach der Revolution von 1979 im Iran Gebor-

renen beträgt über zwei Drittel der Gesamtbevölkerung. Es ist offensichtlich, dass diese Entwicklung die betroffenen Staaten vor enorme wirtschaftliche, soziale und politische Herausforderungen stellt.

Da die nah- und mittelöstlichen Arbeitsmärkte auch mittelfristig nicht in der Lage sein werden den Zuwachs an Arbeitskräften zu absorbieren, wird für die Europäer die Problematik unkontrollierter Einwanderung auch weiterhin aktuell bleiben. Vor allem für die südeuropäischen Staaten hat dieser Trend längst eine sicherheitspolitische Bedeutung gewonnen. Nicht zuletzt aufgrund der Repressalien im eigenen Land koordinieren radikale Oppositionsgruppen ihre Aktivitäten oft aus dem europäischen Ausland und haben bereits mehrfach versucht, die dortigen Migrantengemeinden zu instrumentalisieren und politisch Einfluss zu gewinnen. In Frankreich ist es bereits zu Terroranschlägen durch Exilgruppen gekommen, die dadurch auch Druck auf die Nordafrikapolitik der französischen Regierung ausüben wollten. In Deutschland warnen Fachleute und die Nachrichtendienste bereits seit einiger Zeit vor einer Radikalisierung nichtstaatlicher türkischer Organisationen und vor zunehmenden Aktivitäten palästinensischer und kurdischer Oppositionsgruppen im Land. Die Diskussion um tatsächliche und vermeintliche Gefahren durch Aktivitäten von Islamisten in Deutschland zeigt zudem, dass eine Politik, die angemessen auf Bedrohungen für die innere Sicherheit reagiert und sich dabei nicht dem Vorwurf aussetzt, neue Feindbilder zu schaffen, erst noch gefunden werden muss.

Systemtransformation

Bereits zu Beginn der achtziger Jahre hatten die ungünstiger werdenden weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen viele nahöstliche Regierungen zu ersten vorsichtigen Korrekturen ihres wirtschafts- und entwicklungspolitischen Kurses veranlasst. Gegen Ende des Jahrzehnts setzten die Dy-

namik dieses Modernisierungsprozesses und der sich verringende Lebensstandard dann zunehmend gesellschaftlichen Druck auf die betroffenen Herrschaftssysteme frei, der einen vorsichtigen politischen Wandel und eine sukzessive Öffnung der politischen Systeme vielerorts unumgänglich machte. Indem die Europäer die Fortsetzung wirtschaftlicher und politischer Reformen und die Einhaltung der Menschenrechte in den nahöstlichen Staaten zur Bedingung einer engeren Anbindung an die EG/EU machten, wirkten sie als zusätzlicher Katalysator des Modernisierungsprozesses.

Weil diese Modernisierungsprozesse aber primär in den Dienst des Machterhalts der jeweiligen politischen Führungsspitze gestellt wurden und nicht einem nachhaltigen politischen Wandel in Richtung Demokratie und Rechtsstaatlichkeit dienten, beschränkten sie sich zumeist auf den wirtschaftlichen Bereich. Die politischen Strukturen in der Region sind trotz verschiedener Wahlgänge und administrativer Wechsel dadurch nach wie vor autoritär geprägt. Allerdings bietet die politische Entwicklung in einigen Staaten Anlass zur Hoffnung. Im Libanon beispielsweise führten die Parlamentswahlen im Jahre 2000 zu einem Regierungswechsel. Auch in Ägypten haben die Wahlen vom Herbst 2000 nach dem Pyrrhussieg der regierenden Nationaldemokratischen Partei zu einer intensiven innerparteilichen Debatte geführt. Unter islamischen Vorzeichen hat schließlich auch im Iran eine heftige Diskussion über Pluralismus, Demokratie und Menschenrechte eingesetzt.

Während die politische Strukturanpassung in der Region weit hinter den überzogenen Erwartungen, welche zu Beginn der neunziger Jahre die europäische Wahrnehmung der Region prägten, zurückgeblieben ist, lassen sich im wirtschaftspolitischen Bereich Fortschritte verzeichnen. Mitte der neunziger Jahre hatten die Haushaltsdefizite im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt über mehrere Jahre in vielen Staaten konstant abge-

nommen. Auch auf dem Gebiet der Inflationsbekämpfung können fast alle nah- und mittelöstlichen Regierungen ansehnliche Ergebnisse vorweisen. Die Geldentwertungsrate hat sich in den letzten fünf Jahren fast überall verlangsamt. Die Auslandsverschuldung der meisten Länder in der Region ist zwar nach wie vor hoch; sie ist angesichts einer gewissen wirtschaftlichen Dynamik auch im Exportbereich aber nicht so besorgniserregend wie noch vor wenigen Jahren. Das Wirtschaftswachstum im Nahen und Mittleren Osten ist seit einigen Jahren vergleichsweise konstant. Das Pro-Kopf-Einkommen ist in vielen Ländern, wenn auch ausgehend von einem niedrigen Niveau, gestiegen.

Diese positiven Entwicklungen bleiben aber nach wie vor hinter den hochgesteckten Erwartungen zurück. Wegen der vergleichsweise schlechten administrativen und juristischen Rahmenbedingungen und der prekären sicherheitspolitischen Lage sind ausländische Unternehmen kaum bereit, Projekte in der Region zu verwirklichen. Die südlichen und östlichen Anrainer des Mittelmeeres haben nur fünf Prozent der weltweit getätigten ausländischen Direktinvestitionen anziehen können. Davon entfiel rund ein Drittel allein auf Israel. Hinzu kommt, dass die geplante europäisch-mediterrane Freihandelszone vielen europäischen Firmen die Möglichkeit bieten wird, ihre Produkte ohne Einfuhrbeschränkungen außerhalb der Europäischen Union zu vermarkten. Daher werden Investitionen, die ohne ein Freihandelsabkommen in einem Land der Region getätigt worden wären, zurückgehalten. Investitionshemmend wirken sich schließlich noch schwerfällige Bürokratien, unklare juristische Rahmenbedingungen und die verbreitete Korruption aus.

Menschenrechtsverletzungen

Die fortgesetzte Verletzung selbst elementarer Menschen- und Bürgerrechte ist in vielen nah- und mittelöstlichen Staaten nach wie vor an der Tagesordnung. Im besten Fall gewähren die betroffenen Regierungen ihren Bürgern klar eingegrenzte politische und gesellschaftliche Handlungsspielräume, die aber jederzeit wieder beschnitten werden können. Einklagbare politische Rechte für einzelne Bürger oder zivilgesellschaftliche Gruppierungen sind bestenfalls die Ausnahme, meist existieren sie nicht. Hinzu kommt, dass die systematische Benachteiligung von Frauen im gesellschaftlichen Leben in vielen Staaten der Region bei weitem nicht überwunden ist. Zwar sind in allen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens erhebliche Fortschritte bei der Alphabetisierung von Frauen – und auch der von Männern – erzielt worden, doch weisen die arabischen Staaten und der Iran immer noch deutliche Bildungsdefizite auf.

Für die europäischen Staaten und damit auch für Deutschland stellt dieser menschenrechtliche Befund nicht nur eine ethische und humanitäre Herausforderung dar, sondern bedeutet zugleich die Notwendigkeit eines schwierigen Balanceaktes zwischen der notwendigen Einklagung einer Stärkung der Menschen- und Bürgerrechte und dem Interesse an einer konstruktiven Zusammenarbeit mit den betroffenen Regierungen.

3. Deutsche Interessen im Nahen und Mittleren Osten

Angesichts der vorab skizzierten Herausforderungen und Problemlagen ist das grundlegende deutsche Interesse an der Region rasch umschrieben. Es richtet sich primär auf eine Stabilisierung der betroffenen Staaten und Gesellschaften, um eine Gefährdung der eigenen Sicherheit und derjenigen der europäischen Partnerländer zu verhindern, eine reibungs-

lose Rohstoffversorgung zu gewährleisten und Exportmöglichkeiten für die deutsche Wirtschaft zu schaffen. Diese Grobzeichnung reicht aber nicht aus, um ein genaueres Bild der Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven deutscher Nah- und Mittelostpolitik zu zeichnen. Hierzu ist eine nach einzelnen Interessengebieten differenzierte Betrachtungsweise notwendig.

Sicherheitspolitische Interessen

Es wurde bereits deutlich, dass die Bundesrepublik aus vielfältigen Motiven ein nachhaltiges Interesse an einer Stabilisierung der Staaten im Mittelmeerraum und im Mittleren Osten hat. Dieses sicherheits- und stabilitätspolitische Interesse muss in drei Begründungszusammenhänge einordnet werden.

Erstens lässt sich dieses Interesse auf die oben skizzierten außenpolitischen Handlungsmaximen der Bundesrepublik zurückführen. Die Einbindung in die transatlantische Zusammenarbeit und in den europäischen Integrationsprozess gewährleisten Sicherheit und Wohlstand in Deutschland und entsprechen dem weltanschaulichen und politischen Grundkonsens in der Bundesrepublik. Aus diesem Grund hat Deutschland ein besonderes Interesse an einer einheitlichen und abgestimmten Politik von EU und NATO, auch gegenüber Regionen, die zunehmend für transatlantische und innereuropäische Interessendivergenzen sorgen. Vor allem der Nahe und Mittlere Osten wird hinsichtlich seiner sicherheitspolitischen Bedeutung von den westlichen Partnern teilweise sehr unterschiedlich eingeschätzt. Demnach besteht das spezifische deutsche Interesse darin, hier für die Gewährleistung einer einheitlichen europäischen und transatlantischen Politik, auch gegenüber den in sicherheitspolitischer Hinsicht problematischen Akteuren (Libyen, Irak, Iran, Hamas, Hisbollah) und Problemfeldern (Proliferation, Terrorismus) zu sorgen. Dies setzt eine klare Aufgabenverteilung und eine ausreichende Koordination zwischen den

bi- und multilateralen Aktivitäten westlicher Politik im Nahen und Mittleren Osten voraus.

Zweitens gibt es eindeutige außenpolitische Gründe für das deutsche Interesse an einer Stabilisierung der Region. Die wichtigste Bezugsgröße lautet hier nach wie vor die Sicherheit Israels. Gerade aufgrund der historischen Verantwortung Deutschlands für Israel, dies haben die negativen Erfahrungen des zweiten Golfkrieges gezeigt, hat die Bundesrepublik aber gleichzeitig ein besonderes Interesse an einer friedlichen Regulierung des Nahostkonflikts. Der zweite Golfkrieg hat aber zugleich auch die Problematik deutscher Technologieexporte in die Region offenbart. Auch vor dem Hintergrund der Sicherheit Israels muss somit die Eindämmung und Kontrolle der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und waffentauglichen Technologien ein zentrales deutsches Anliegen in der Region sein. Der Frieden in der Region ist aber nicht nur von der Sicherheit Israels, sondern auch von der innenpolitischen Stabilisierung weiterer strategisch wichtiger Akteure in der Region (Türkei, Ägypten, Iran) abhängig. Da die deutschen Beziehungen zur Türkei und in den Iran in verschiedener Hinsicht nach wie vor intensiver ausgeprägt sind, als die der europäischen Partner, kann Deutschland bei dieser Stabilisierungsaufgabe eine wichtige Rolle zukommen.

Drittens beruht das sicherheitspolitische Interesse Deutschlands an der Region auf innenpolitischen Faktoren. Dies betrifft nicht nur die Problematik illegaler Einwanderung, sondern vor allem die Notwendigkeit einer Kontrolle bzw. Unterbindung der Aktivitäten radikaler Oppositionsgruppen aus nah- und mittelöstlichen Staaten in Deutschland. Vor allem die Aktivitäten der türkischen, kurdischen und iranischen Exilopposition haben verdeutlicht, dass die inner- und zwischenstaatlichen Konflikte der Heimatländer dieser Migranten auch auf deutschem Boden ausgetragen

werden. Einige Probleme der Staaten im Nahen und Mittleren Osten sind daher längst zum Thema der deutschen Innenpolitik geworden.

Wirtschaftliche Interessen

Im Vergleich zu ihrer sicherheitspolitischen Relevanz ist das wirtschaftliche Gewicht der Region für die Bundesrepublik von eher nachrangiger Bedeutung. Zwar gilt es auch weiterhin, eine reibungslose Versorgung mit Erdöl und Erdgas aus Nordafrika und der Golfregion zu gewährleisten, allerdings stellt sich die Bundesrepublik gegenwärtig als weitaus unempfindlicher für Versorgungsengpässe und Energiepreisschwankungen dar, als in den siebziger Jahren. Dennoch können sich regionale Krisen und Destabilisierungstendenzen nach wie vor empfindlich auf die deutsche Wirtschaft und auf die der europäischen Partnerländer, in die ein Großteil der deutschen Exporte gehen, auswirken. Auch aus dieser Perspektive muss der Bundesrepublik an einer Stabilisierung der Region gelegen sein.

Die Staaten im Nahen und Mittleren Osten haben während der neunziger Jahre rund fünf Prozent der deutschen Exporte abgenommen. Dennoch sind die Exportmärkte der Kernstaaten der Region (Ägypten, Türkei, Iran), vor allem aber die solventen Golfstaaten keineswegs unwichtig für die deutsche Exportwirtschaft. Hier gilt es daher einen Beitrag zur Sicherung der Absatzmärkte zu leisten, einen möglichst ungehinderten Marktzugang zu gewährleisten und sich der Konkurrenz der USA, der osteuropäischen Staaten, aber auch der ostasiatischen Industrieländer zu stellen.

Entwicklungspolitische Interessen

Viele der oben angedeuteten Risikotendenzen ergeben sich aus Problemen, die im weiteren Sinne auf Unterentwicklung beruhen. Die Hauptauf-

gabe deutscher Entwicklungshilfe in der Region besteht deshalb darin, Hilfeleistungen zu bündeln und stärker in den Dienst einer wohlverstandenen Interessenpolitik zu stellen. Dies beinhaltet vor allem Investitionen in die Infrastruktur und in den Bildungssektor. Entwicklungspolitisches Engagement kann in der Region nur dann erfolgreich sein, wenn Maßnahmen sich nicht in einzelnen zusammenhangslosen Projekten erschöpfen. Eine Ausrichtung auf ganzheitliche Entwicklungsansätze ist daher notwendig. Projekte zur Entwicklung der physischen Infrastruktur etwa müssen mit dem Aufbau von Humanressourcen einhergehen.

Wichtig ist im deutschen Verständnis aber auch, dass wirtschaftliche Entwicklung nicht zu Lasten der natürlichen Ressourcen gehen darf. Gerade die Länder des Südens neigen dazu Umweltschutzaspekte zu vernachlässigen. Die Nachhaltigkeit von Entwicklungsmaßnahmen setzt aber nicht nur wirtschaftliche Rentabilität, sondern auch ökologische Stabilität voraus.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Wirtschaftliche Entwicklung kann sich langfristig nicht in einem Klima autoritärer Herrschaft und politischer Instabilität einstellen. Hinter dem vorrangigen Interesse an politischer Stabilität und der Einhaltung menschen- und bürgerrechtlicher Mindeststandards hat Deutschland deshalb ein weitergehendes Interesse am Wandel der politischen Systeme in der Region. Die Förderung demokratischer Verhältnisse und rechtsstaatlicher Ordnungen bleibt deshalb, ungeachtet der damit eventuell einhergehenden Stabilitätsprobleme, eine zentrale Herausforderung. Deutschland kann hier wertvolle Erfahrungen einbringen.

Das besondere Interesse gilt hierbei momentan dem Iran, wo es gilt, die vorsichtigen Pluralisierungs- und Öffnungstendenzen zu unterstützen. Der innenpolitische Reformprozess kann hier nur gelingen, wenn einer-

seits der Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen gelingt, andererseits innenpolitische Stabilität gewahrt werden kann. Nur auf dieser Grundlage kann der Iran in Zukunft eine auch für Deutschland wichtige Rolle als Ordnungsfaktor in der volatilen Golfregion spielen.

Kulturelle Interessen

Der kulturelle Austausch zwischen Kulturen und Zivilisationen ist nicht nur Selbstzweck, sondern trägt zum besseren gegenseitigen Verständnis und zum Abbau von Wahrnehmungsdefiziten bei und erhöht damit die Wahrscheinlichkeit einer friedlichen Regulierung von potentiellen Konflikten. Gerade der islamische Kulturkreis wird in Deutschland nach wie vor als rückständig, fremdartig und aggressiv wahrgenommen und verfügt insgesamt über ein negatives Image. Anders herum ist aber auch das Bild des Westens in den nah- und mittelöstlichen Gesellschaften oft verzerrt und unausgewogen. Die Korrektur derartiger negativer Wahrnehmungen muss auch als Aufgabe auswärtiger Kulturpolitik verstanden werden. Der in den neunziger Jahren vorangetriebene Abbau der kulturellen Präsenz Deutschlands in der Region ist hierbei das falsche Signal. Das Schicksal des kritischen Dialogs mit dem Iran, das Scheitern des Projekts einer spektakulären Islamkonferenz im Jahre 1995 und das Debakel um die Iran-Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung im Sommer 2000 haben in der jüngeren Vergangenheit allerdings die praktische und organisatorische Problematik des interkulturellen Austauschs veranschaulicht. Diese Rückschläge dürfen aber nicht zum Anlass genommen werden, dem interkulturellen Austausch mit den Staaten und Gesellschaften im Nahen und Mittleren Osten generell eine Absage zu erteilen. Vielmehr muss verstärkt über neue Formen der Zusammenarbeit nachgedacht werden, wobei vor allem eine verstärkte Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Gruppierungen angestrebt werden sollte.

4. Handlungsansätze und Strategien deutscher Nah- und Mittelostpolitik

Die vorangegangenen Ausführungen haben deutlich gemacht, dass die Handlungsspielräume deutscher Nah- und Mittelostpolitik nach wie vor begrenzt sind. Dies gilt insbesondere für die Arabische Halbinsel, wo die USA die führende externe Macht darstellen, aber auch für Nordafrika, das von Frankreich nach wie vor als Einflusszone betrachtet wird. Angesichts historischer Aspekte, bündnispolitischer Erwägungen und machtpolitischer Beschränkungen wird sich aber auch die deutsche Politik gegenüber den Staaten im Nahen Osten in erster Linie auf die multilaterale Handlungsebene beschränken. Dennoch existieren auch unter den gegenwärtigen politischen Rahmenbedingungen einige Handlungsfelder, in denen Deutschland seine Interessen auf bilateralem Wege zum Tragen bringen sollte.

4.1. Die bilaterale Handlungsebene

Bilaterale Handlungsmöglichkeiten ergeben sich für die deutsche Politik insbesondere gegenüber den traditionellen Partnerländern Deutschlands in der Region, Türkei, Israel und Iran.

Aus deutscher Sicht ist die Türkei nicht nur wegen ihrer geostrategischen und politischen Bedeutung für Europa ein wichtiger Partner. Enge historische Kontakte, traditionell gute wirtschaftliche Beziehungen und nicht zuletzt die große Zahl türkischer Staatsbürger in Deutschland haben zu einem deutsch-türkischen Beziehungsgeflecht beigetragen, das in mancher Hinsicht die Bezeichnung *Sonderbeziehung* rechtfertigt. Dennoch oder gerade wegen dieses besonderen Verhältnisses war in den deutsch-türkischen Beziehungen in den neunziger Jahren regelmäßig vom *Tiefstand* die Rede. In der Tat haben Missverständnisse, problematische innenpolitische Entwicklungen und abweichende Wahrnehmungen und In-

teressenlagen für eine deutliche Eintrübung der gegenseitigen Beziehungen gesorgt und die deutsche Politik gegenüber der Türkei konzeptionslos erscheinen lassen.

Die in vielerlei Hinsicht problematische Entwicklung der deutsch-türkischen Beziehungen beruhte im wesentlichen auf vier Problemfeldern: dem türkischen Streben nach einer Aufnahme in die EU, der sozialen und politischen Integration der Türken in Deutschland, den Aktivitäten der PKK hierzulande und der Menschenrechtssituation in der Türkei. Diese vier Aspekte waren dafür verantwortlich, dass die bilateralen Beziehungen in beiden Ländern zu einem Bestandteil der Innenpolitik geworden sind und eine Art dialektischen Charakter entfaltet haben. Deutsche Türkei politik wirkt sich unmittelbar auf die türkische Europapolitik aus, während umgekehrt die türkische Kurdenpolitik unmittelbar in die deutsche Innenpolitik hineinwirkt, und die deutsche Politik gegenüber den in Deutschland lebenden Türken wiederum Auswirkungen auf die türkische Innenpolitik hat. In Anbetracht dieser engen Beziehungen ist offensichtlich, dass die Bedeutung der Türkei für Deutschland in der öffentlichen Wahrnehmung nach wie vor unterschätzt wird. Auch angesichts der in Luxemburg im Jahre 1999 ausgegebenen EU-Beitrittsperspektive für die Türkei und der Problematik, die sich aus der Weiterentwicklung der ESVP für die türkische Rolle in der NATO ergibt, steht die Bundesregierung vor der Aufgabe, eine Gesamtkonzeption für die zukünftige Gestaltung der deutsch-türkischen Beziehungen zu entwickeln. Die Forderung nach einem durchdachten geostrategischen Ausgleich mit der Türkei darf allerdings nicht bedeuten, die wirtschaftliche und politische Bedeutung des Landes gegen die Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte auszuspielen. Gerade für die Bundesrepublik ist eine demokratische und rechtsstaatliche Ausrichtung der Türkei von zentraler Bedeutung.

Der zweite Partner Deutschlands von zentraler Bedeutung in der Region ist Israel. Der *Vergangenheitsfaktor* in den deutsch-israelischen Beziehungen, wie es Amnon Neustadt nennt, hat dazu geführt, dass die Bundesregierung den Beziehungen zu Israel traditionell besondere Aufmerksamkeit zukommen lässt und sich gleichzeitig bemüht, jeden Eindruck eines Versuchs deutscher Einflussnahme auf israelische Politik zu vermeiden. Gleichzeitig hat die deutsche Vergangenheit bei vielen Israelis eine vergleichsweise hohe Erwartungshaltung gegenüber Deutschland und eine besondere Aufmerksamkeit für die deutsche Politik bewirkt. Zudem fand Israel in der Bundesregierung bislang einen Befürworter einer engeren israelischen Anbindung an die EU, was zudem die Relevanz der europäischen Mittelmeerpolitik für Deutschland erhöht hat. Ferner äußert sich die besondere deutsche Verantwortung gegenüber Israel darin, dass Deutschland regelmäßig zu denjenigen Staaten gehört, die israelkritische Stellungnahmen der EG/EU zu verhindern oder abzumildern versuchen. Dadurch sah sich Deutschland von arabischer Seite, aber auch aus den Reihen der europäischen Verbündeten, oft dem Vorwurf ausgesetzt, trotz aller Gelöbnisse der *Ausgewogenheit*, einseitig Parteinahme zugunsten Israels zu betreiben. Das hierauf beruhende Spannungsverhältnis wird sich in Anbetracht der Bemühungen um eine GASP und eine ESVP mittelfristig weiter verstärken. Insbesondere im Falle einer Zuspitzung des Nahostkonflikts könnte sich für die Bundesrepublik erneut ein Loyalitätskonflikt zwischen den europäischen Verbündeten auf der einen und Israel auf der anderen Seite ergeben, was gleichzeitig zu Verstimmungen im Verhältnis mit den USA führen würde. Deutschland hat daher ein besonderes Interesse an einem friedlichen Ausgleich zwischen Israel und den Palästinensern. Aufgabe der bilateralen deutschen Politik muss es daher sein, israelische Interessen bei der Umsetzung der europäischen Nahostpolitik so zur Geltung zu bringen, dass hieraus keine Belastungen des europäischen Integrationsprozesses und der europäischen Handlungsfähigkeit resultieren.

Handlungsmöglichkeiten bilateraler deutscher Politik ergeben sich schließlich in den Beziehungen zum Iran. Bereits in der Vergangenheit hat die deutsche Politik im Umgang mit Teheran eigene Akzente gesetzt, die insgesamt zu einer Stabilisierung der Region beigetragen haben. Das Schicksal des im wesentlichen von der Bundesregierung initiierten *Kritischen Dialogs* mit Teheran verweist dabei zugleich auf Grenzen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Das Scheitern des Dialogs sollte daher nicht zum Anlass genommen werden, von einer auf kooperative Einflussnahme abzielenden Politik generell Abstand zu nehmen. Über die Notwendigkeit einer Unterstützung der reformorientierten Kräfte im Iran hinaus darf aber nicht übersehen werden, dass letztendlich nur eine Dialogpolitik, die von der Mehrheit des religiös-politischen Establishments in Teheran unterstützt wird, erfolversprechend sein kann. Der Besuch des iranischen Staatspräsidenten im Juli 2000 in Deutschland stellte den Auftakt einer Normalisierung der deutsch-iranischen Beziehungen dar. Dieser Prozess muss im Sinne einer Wiederbelebung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und der Vertiefung des interkulturellen Dialogs genutzt werden. Nur hierdurch kann Deutschland wieder in seine frühere Rolle als wichtiger Ansprech- und Kooperationspartner des Iran im Westen zurückfinden.

Über die drei traditionellen Schwerpunktländer deutscher Nah- und Mittelostpolitik hinaus, bieten sich thematische Möglichkeiten bilateraler deutscher Politik vor allem in der wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit. Das Goethe-Institut, der DAAD und die politischen Stiftungen arbeiten in den betroffenen Ländern seit vielen Jahren mit Wissenschaftlern und Hochschullehrern zusammen. Es gilt daher, die bestehenden Netzwerke auszubauen und ein Zurückfahren des kultur- und wissenschaftspolitischen Engagements in der Region aufzuhalten. Ungenutzte Potentiale liegen dabei vor allem in der Förderung der regio-

nenalen Zusammenarbeit zwischen Kulturschaffenden und Wissenschaftlern aus dem Nahen und Mittleren Osten, aber auch mit zivilgesellschaftlichen Gruppierungen und Kommunalpolitikern.

4.2. Die multilaterale Handlungsebene

In Anbetracht der geschilderten historischen und bündnispolitischen Beschränkungen sowie der begrenzten machtpolitischen Mittel deutscher Außenpolitik, ist die Bundesrepublik im Nahen und Mittleren Osten vor allem auf multilateraler Ebene aktiv gewesen. Dies manifestierte sich in erster Linie in der deutschen Mitwirkung an der 1995 in Barcelona ins Leben gerufenen Euro-Mediterranen Partnerschaft (EMP) und am deutschen Beitrag zu den europäischen Bemühungen zu einer Konfliktregulierung im Nahen Osten.

Die erklärte Zielsetzung der EMP bestand darin, mit Hilfe einer multidimensionalen und langfristigen Strategie, eine dauerhafte und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in den Mittelmeerländern zu fördern und aktiv zur Entstehung einer Stabilitäts- und Sicherheitszone im Mittelmeerraum beizutragen. Konkret wird hierzu die Schaffung einer euro-mediterranen Freihandelszone bis zum Jahr 2010, eine Vertiefung der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit sowie ein Politischer Dialog angestrebt. Der deutsche Anteil an der Konzeption dieses Projekts war vor allem in den Jahren 1994 und 1995 keineswegs unerheblich. Dieses Engagement war vor allem darin begründet, dass man durch eine Einwilligung in die Vertiefung der europäischen Mittelmeerpolitik von den Südeuropäern im Gegenzug die Zustimmung zur Osterweiterung der EG/EU erhalten und ihnen gleichzeitig die durchaus berechtigten Sorgen vor einer Marginalisierung in einer erweiterten Union nehmen wollte. Außerdem entschloss sich die Bundesregierung, den Prozess aktiv mitzutragen, um seine thematische und institutionelle Gestaltung nicht ausschließlich den Südeuro-

päern zu überlassen. Dass die deutschen Prioritäten aber unverändert im Osten lagen, zeigten nicht zuletzt die regelmäßigen Auseinandersetzungen um die Mittelausstattung der EMP. Weiterhin hat Deutschland von Beginn an versucht, die Bildung neuer Institutionen zu verhindern und auf ein möglichst flexibles Rahmenwerk gedrängt, nicht zuletzt um dadurch mögliche Friktionen mit den ordnungspolitischen Vorstellungen der USA auszuschließen.

Mit diesem Engagement konnte die deutsche Politik aber nicht verhindern, dass die Bilanz der EMP nach etwas mehr als fünf Jahren bescheiden ausfällt. Die Aushandlung und Ratifizierung der Partnerschaftsabkommen zieht sich mit vielen Ländern noch hin, nur rund ein Viertel der von der EU für den Zeitraum von 1995 bis 1999 zugesagten Mittel konnten abgerufen werden und der Politische Dialog ist in vielen Fällen über einen unverbindlichen Gedankenaustausch nicht hinausgekommen. Ähnlich ernüchternd fallen die Ergebnisse der kulturellen Zusammenarbeit aus.

Ursächlich für diese Bilanz sind eine Reihe unterschiedlicher Faktoren, auf deren Entwicklung die Bundesrepublik nur geringen Einfluss hat. Hier wäre in erster Linie die erneute Zuspitzung des Nahostkonflikts zu nennen, der sich zugleich lähmend auf die Zusammenarbeit in der EMP auswirkt. Zweitens liegen erhebliche transmediterrane und innereuropäische Interessenunterschiede hinsichtlich der inhaltlichen und institutionellen Ausgestaltung und Weiterentwicklung der EMP vor. Drittens stößt die Umsetzung gemeinsamer Maßnahmen oft auf erhebliche administrative und strukturelle Defizite in den Partnerstaaten aber auch auf Seiten der EU-Verwaltung. Schließlich ist aber auch die von den Mittelmeerstaaten erhoffte Öffnung des europäischen Marktes für Agrarimporte nur geringfügig vorangekommen.

Aber auch die arabischen Hoffnungen auf ein stärkeres Engagement der EU-Staaten im Nahostkonflikt und eine Zurückdrängung amerikanischer Einflussnahme, haben die Europäer bislang enttäuscht. Daran wird sich in absehbarer Zukunft wenig ändern. Die Europäer sind weder willens noch in der Lage, ein wirksames Gegengewicht zur amerikanischen Dominanz in der Region zu bilden. Dennoch war gerade das deutsche finanzielle Engagement im Nahen Osten erheblich. Die Bundesrepublik beteiligte sich zwischen 1993 und 1998 mit rund 1,2 Milliarden DM an der Entwicklung der Palästinensischen Autonomiegebieten. Damit stellte sie noch vor den USA und Saudi-Arabien der größte bilaterale Geber dar. Dieses Engagement wurde auch angesichts der Rückschläge im Friedensprozess beibehalten. Allein für das Jahr 2000 wurden Entwicklungshilfeleistungen in Höhe von 140 Millionen DM vereinbart.

Infolge der prekären Sicherheitslage im südlichen Mittelmeerraum hat auch die NATO ihre Beziehungen zu verschiedenen nordafrikanischen und nahöstlichen Staaten intensiviert. Auf seiner Frühjahrstagung im Februar 1995 in Brüssel beschloss der NATO-Ministerrat zusammen mit der EU, ausgewählte Mittelmeerstaaten zu einem politischen Dialog auf Ministerienebene nach Brüssel einzuladen. Erklärtes Ziel dieser Initiative war es, zu einem besseren Verständnis der NATO-Aufgaben insbesondere in den arabischen Staaten beizutragen. In der Folgezeit fanden mehrere Treffen mit diplomatischen Vertretern der Partnerstaaten statt, die allerdings vor allem von den arabischen Teilnehmern zurückhaltend bewertet wurden. Militärische Fragen blieben aus den Beratungen ausgeschlossen und die Zielvorgaben des Dialogs mit der Schaffung eines „Klimas des Vertrauens“ ist unverändert vage. Problematisch am NATO-Mittelmeerdialo g ist aber nicht nur sein geringes politisches Profil sondern auch die fehlende NATO-interne Zielperspektive. Die NATO-Staaten können sich nicht darüber verständigen, welche Rolle die Allianz im Mittelmeerraum und der Mittelmeerraum in der Allianz einnehmen soll. Ein

Grund für den Dissens besteht darin, dass ein aktives Engagement der NATO in dieser Region als Auftakt für ein globales Engagement der Allianz betrachtet werden könnte. Dagegen gibt es jedoch in Deutschland und in einigen anderen NATO-Ländern erhebliche Widerstände.

Die Entwicklung des NATO-Mittelmeerdialogs aber auch die nachgeordnete politische Rolle der Europäer im Nahen Osten verweisen auf die herausragende Position der USA in der Region. Auch weiterhin machen die USA vitale Interessen im Nahen Osten geltend und halten ihre nicht unerhebliche Militärpräsenz im Mittelmeerraum aufrecht. Eine Aktivierung der europäischen Politik gegenüber den Parteien des Nahostkonflikts muss daher nach wie vor amerikanische Interessen in Betracht ziehen. Allerdings hat der neue Präsident George W. Bush bereits angekündigt, dass der Nahe Osten nicht zu den Schwerpunktregionen der zukünftigen amerikanischen Außenpolitik zählen wird. Ob mit dieser Ankündigung eine Reduzierung des amerikanischen Engagements in der Region bzw. eine Revidierung der eher an israelischen Interessen orientierten Politik der Clinton-Administration geknüpft sein wird, bleibt abzuwarten. In jedem Fall sollte dies von der europäischen und deutschen Politik genutzt werden, um das wirtschaftliche und politische Profil der EU in der Region zu schärfen und ein eigenes, abgestimmtes Konzept gegenüber der Region zu entwickeln. Dabei ist allerdings Augenmaß und Realismus angebracht. Die EU kann weder Sicherheitsgarantien für die Konfliktparteien im Nahen Osten geben, noch effektiven Druck auf die Akteure ausüben. Ihre Rolle liegt allenfalls in dem diplomatischen Drängen auf eine Wiederaufnahme der Verhandlungen und in der politischen und finanziellen Absicherung eines evtl. wieder in Gang kommenden Friedensprozesses.

5. Handlungsempfehlungen für die deutsche Nah- und Mittelostpolitik

Aus den vorangegangenen Überlegungen ergeben sich eine Reihe von Handlungsempfehlungen für die deutsche Nah- und Mittelostpolitik, die sich in erster Linie mit den Schlagworten *Konzeptionalisierung*, *Konzentration* und *Koordinierung* umschreiben lassen.

- Zunächst sollte die Bundesregierung ein mittel- und langfristig angelegtes Nah- und Mittelostkonzept erarbeiten, das über allgemeine Bekenntnisse hinaus, eine konkrete Interessen- und Instrumentendefinition deutscher Politik gegenüber der Region vornimmt.
- Eine mögliche und sinnvolle Definition von thematischen Schwerpunkten im Rahmen dieses Konzepts sollte vor allem bei der Schaffung und Konsolidierung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen, bei der Ausbildung und nicht zuletzt bei der Wirtschaftsförderung liegen.
- Die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit macht zugleich eine verstärkte Einbeziehung der Zivilgesellschaft in den politischen Dialog notwendig. Der Bundesrepublik ist daher in besonderem Maße an der Stärkung der Zivilgesellschaft im Nahen und Mittleren Osten gelegen.
- Viele Probleme in den deutschen bzw. europäischen Beziehungen zu den Staaten im Nahen und Mittleren Osten resultieren aus der nach wie vor prekären Sicherheitslage in der Region. Das besondere deutsche und europäische Anliegen ist es daher, sowohl im interregionalen

Verhältnis als auch zwischen den Staaten der Region auf Vertrauensbildung und friedliche Konfliktregulierung hinzuwirken.

- Ein wichtiger Ansatzpunkt einer solchen präventiven Krisendiplomatie ist vor allem das Ressourcenmanagement. Gerade bei der friedlichen Regulierung von Wasserkonflikten können Deutschland und Europa wichtige Hilfestellungen leisten.
- Geographisch erscheint darüber hinaus eine stärkere Ausrichtung auf die traditionellen Partnerländer in der Region, Türkei, Iran und Israel bzw. die palästinensische Autonomiebehörde, sinnvoll.
- Die Ausarbeitung eines kohärenten Nah- und Mittelostkonzepts, das über die bisherige Mittelmeerpolitik hinausgeht, ist auch auf europäischer Ebene anzustreben.
- Zur besseren Gewährleistung deutscher Interessen im Rahmen multilateraler Aktivitäten im Nahen und Mittleren Osten sollte die Bundesregierung einen Ausbau der personellen Präsenz Deutschlands in den Strukturen und Gremien, die sich in EU, NATO und weiteren internationalen Organisationen mit dem Nahen und Mittleren Osten befassen, anstreben.
- Das besondere deutsche Anliegen innerhalb der multilateralen Aktivitäten im Nahen und Mittleren Osten liegt in der Förderung einer stärkeren innereuropäischen und transatlantischen Abstimmung. Dies macht eine Intensivierung der Koordinierung insbesondere mit Frankreich und den USA in nah- und mittelostpolitischen Fragen notwendig.
- Die stärkere Profilierung und Konturierung der deutschen Nah- und Mittelostpolitik nach Außen sollte im Innern mit der Entwicklung einer

konstruktiven *Islam-Politik* und einer vertieften innenpolitischen Debatte über den Umgang mit den Staaten und Gesellschaften im Nahen und Mittleren Osten einhergehen.

6. Der Beitrag der Konrad-Adenauer-Stiftung

Als politische Stiftung leistet die Konrad-Adenauer-Stiftung einen nicht unerheblichen Beitrag zur Realisierung der vorab skizzierten Zielsetzungen deutscher Nah- und Mittelostpolitik. Dieser Beitrag umfasst inhaltlich vor allem drei Bereiche: die Unterstützung der wirtschaftlichen und politischen Transformationsprozesse in der Region, die Friedensförderung bzw. Konfliktprävention und den Dialog der Kulturen.

Demokratie, Rechtsstaat, Soziale Marktwirtschaft

Es gehört zu ihren Besonderheiten, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung die Prinzipien der Demokratie, des Rechtsstaats und der sozialen Marktwirtschaft auch in der internationalen Arbeit verfolgt. In der entwicklungspolitischen Tätigkeit im Nahen und Mittleren Osten legt die Stiftung keine geringeren Maßstäbe an. Gerade hier werden von anderen Akteuren oft Abstriche gemacht. Sowohl Regierungen der Region als auch internationale und multilaterale Institutionen der Zusammenarbeit haben über Jahre hinweg den Versuch unternommen, politische Stabilität, wirtschaftliche Entwicklung und sozialen Fortschritt von oben zu organisieren. Die Idee des schnelleren Fortschritts durch die Herrschaft des 'aufgeklärten Despoten' hat sich als ein Ansatz erwiesen, der nur kurzfristig Wirksamkeit entfalten kann, langfristig aber zum Scheitern verurteilt ist.

Friedensförderung und Konfliktprävention

Innere Entwicklungsprobleme können nicht losgelöst von Herausforderungen der auswärtigen Politik behandelt werden. Deshalb sind Programme der Friedensförderung und Konfliktprävention sowie die Unter-

stützung von Abstimmungsmechanismen zwischen den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens Bestandteil der Stiftungsarbeit. Bislang hat sich die Stiftung hauptsächlich in der Unterstützung eines friedlichen Ausgleichs zwischen Israelis und Palästinensern engagiert. Es ist indes klar, dass sich die politischen Problemlagen im Nahen und Mittleren Osten nicht in den Wandlungen des Friedensprozesses erschöpfen, auch wenn der Palästinakonflikt immer wieder die verschiedensten Konflikte in der Region beeinflusst und geprägt hat.

Dialog der Kulturen

Im Rahmen des interkulturellen und interreligiösen Dialogs der Stiftung mit ihren Partnern nimmt auch der Nahe und Mittlere Osten einen besonderen Platz ein. Dies nicht nur, weil in dieser Region die Ursprünge der drei großen monotheistischen Religionen –Judentum, Christentum, Islam – liegen, sondern auch, weil sich die nahöstlichen Gesellschaften traditionell einen hohen Grad an religiösem Pluralismus bewahrt haben. Es ist vielversprechend, etwa den christlich-muslimischen Dialog nicht nur unter der Perspektive 'Europa und der Orient' zu führen, sondern auch am Dialog dieser beiden Religionen in den Gesellschaften des Nahen und Mittleren Ostens selbst zu partizipieren. Dies gilt auch und insbesondere für den Dialog mit der Orthodoxie, die in der Region auf eine ungebrochene Kontinuität zurückblickt und als Ortskirche fest im sozialen Gefüge der Gesellschaft verankert ist.

6.1. Partner der Stiftungsarbeit

Zur Verwirklichung ihrer Ziele arbeitet die Konrad-Adenauer-Stiftung je nach Erfordernissen und Möglichkeiten in den Einsatzländern mit verschiedenen Partnern zusammen. Dazu gehören Unternehmer-, Berufs- und Gewerkschaftsverbände ebenso wie Frauenorganisationen, Juristenvereinigungen und Verfassungsgerichte. Im politischen Bereich sind ne-

ben Führungskräften in Ministerien und anderen staatlichen Institutionen Parlamentarier, Kommunalbeamte und –politiker wichtige Partner in der Zusammenarbeit. Begegnungen zwischen deutschen Parlamentariern und Vertretern nationaler Parlamente schaffen Vertrauen und vertiefen auf beiden Seiten die Kenntnis politischer Entscheidungsvorgänge. Wissenschaftler genießen im muslimisch geprägten Raum traditionell hohes Ansehen. Sie üben neben Verantwortlichen aus der Wirtschaft am ehesten Einfluss in Politik und Gesellschaft aus. Wissenschaftler werden daher immer wieder in Regierungskabinette berufen, so 1999 in Ägypten und 2000 im Libanon. Der Zusammenarbeit mit Universitäten und wissenschaftlich orientierten Denkfabriken räumt die Stiftung daher einen hohen Stellenwert ein. In den letzten Jahren hat sich auch im Nahen und Mittleren Osten die Medienlandschaft durch das Satellitenfernsehen grundlegend verändert. Journalisten sind mehr als früher Meinungsmacher und Vermittler von Informationen; sie sind der Stiftung unverzichtbare Kooperationspartner.

6.2. Instrumente der Stiftungsarbeit

Die Konrad-Adenauer-Stiftung arbeitet im Nahen und Mittleren Osten hauptsächlich mit Länderprogrammen. Sie ist in Marokko, Tunesien, Ägypten, Palästina, Israel, Jordanien und der Türkei präsent. Darüber hinaus werden Programme in Algerien, dem Iran und Malta durchgeführt. Zugleich wird der Versuch unternommen, Länderprogramme miteinander zu vernetzen. So wird z.B. von Jordanien aus mit Projekten im Libanon der Grundstein für eine regionale Zusammenarbeit gelegt. Obwohl sich diese angesichts der geschilderten Spannungen und Konflikte zwischen vielen Ländern in der Region oft schwierig gestaltet, kann die Stiftung auf verschiedene vielversprechende Ansätze verweisen. Diese Bilanz spricht für eine Weiterführung und einen Ausbau des regionalen Ansatzes.

Derzeit konzentriert sich die Stiftung in ihrer Arbeit in der Region auf folgende Themen:

Wissenschaftskooperation

Entwicklungspolitische Problemlagen bedürfen intellektueller Anstrengungen. Besondere Möglichkeiten bietet daher die regionale Kooperation im wissenschaftlichen Bereich. Deutsche und europäische Kulturinstitute, der DAAD und die politischen Stiftungen haben in den Ländern seit vielen Jahren mit Forschern und Hochschullehrern zusammengearbeitet. Es gilt, bestehende Netzwerke auszubauen. Dazu muss auch die Kooperation zwischen europäischen Instituten intensiviert werden; Frankreich etwa verfügt in der Region über zahlreiche Einrichtungen. Die Entwicklung eines regionalen Netzwerks ermöglicht, dass durch intellektuellen Austausch soziale und wirtschaftliche Probleme schneller Lösungen zugeführt werden können. In der Entwicklungspolitik soll der eine vom anderen lernen können.

Rechtsdialog

Maßnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung des Nahen und Mittleren Ostens können nur abgesichert werden, wenn auch auf dem Gebiet des Rechts Fortschritte gemacht werden. In der gesamten Region bleibt deshalb die Fortentwicklung des Rechtsstaats eine zentrale Herausforderung. Verfassungspolitik und Verfassungsgerichtsbarkeit sind von daher Felder, auf denen sich die Stiftung besonders engagieren möchte. Gerade dort, wo Juristen noch stark unter dem Einfluss ihrer Regierungen stehen, kann eine Vernetzung mit Kollegen in der Region dem Prozess der Verrechtlichung weiterhelfen.

Frauenförderung

Dass die Rechtsentwicklung immer auch vom Sozialen gebremst wird, belegt die Stellung der Frau in den Gesellschaften des Nahen und Mittleren Ostens. Während fortschrittliche Gesetze oft nur den Idealzustand beschreiben, weist die soziale Realität den Frauen häufig eine untergeordnete Position zu. Hier ist deshalb mehr Einsatz gefordert. Größeren Einfluss wird die frauenpolitische Debatte in dem Maße gewinnen, wie es gelingt, mit Akteuren regional zusammenzuarbeiten. Gerade der Austausch zwischen Frauenverbänden des Maghrebs und des arabischen Ostens birgt ein vielversprechendes Entwicklungspotential.

Kommunalpolitik

Der Prozess der Nationalstaatsbildung ist in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens in der Regel mit einem starken Verwaltungszentralismus einhergegangen. Kommunen wurden meist kaum Kompetenzen zugesprochen. Sparzwänge in nationalen Budgets und Versagen in der Organisation lokaler Angelegenheiten haben in der Region ein starkes Interesse an einer effizienten, kostenbewussten und bürgernahen Verwaltung aufkommen lassen. Deutschland und Europa haben in der Vergangenheit meist mit nationalen Regierungen zusammengearbeitet. Es gilt, darüber hinaus einen intensiven regionalen kommunalpolitischen Dialog zu initiieren. Darin sieht die Stiftung eine zentrale Aufgabe.

Medien

Der Nahe und Mittlere Osten bietet die beste Grundlage für eine regionale Zusammenarbeit im Bereich der Medien. Insbesondere in den arabischen Staaten der Region ist durch die – bei aller dialektalen Verschiedenheit – gleiche Hochsprache ein Instrument zur Verständigung

gegeben. Die Ausbreitung des Satellitenfernsehens hat den Kommunikationsrahmen nicht nur über einzelne Länder hinaus erweitert. Die neuen Medien – auch das Internet – entziehen sich auch zusehends der Manipulation durch Regierungen. Die Konkurrenz um Themen, Einschaltquoten und Werbeetats hat zu neuen journalistischen Standards geführt und Machthaber unter Druck gesetzt. Die Möglichkeiten einer innerregionalen Vernetzung, die von der Stiftung verstärkt gefördert wird, machen innenwie außenpolitische Entscheidungsprozesse transparenter und dienen der Fortentwicklung der politischen Kultur.

Der Autor

Andreas Jacobs
Forschungsinstitut für politische
Wissenschaft und europäische Fragen,
Universität zu Köln